

Antrag

**der Abgeordneten Rolf Harlinghausen, Stefan Kraxner, Clemens Nieting,
Hans Heinrich Jensen, Wolfgang Drews, Lars Dietrich,
Dr. Andreas Mattner (CDU) und Fraktion**

Betr.: Die neue Nachbarschaftspolitik – Hamburgs Kontakte zu den Nachbarländern der Europäischen Union.

In ihrer Mitteilung „Größeres Europa – Nachbarschaft: Ein neuer Rahmen für die Beziehungen der EU zu ihren östlichen und südlichen Nachbarn“ (KOM 2003, 104 final) hat die Europäische Kommission die Entwicklung einer neuen Nachbarschaftspolitik zu den Staaten jenseits der Grenzen der Europäischen Union angeregt. Das neue Instrument, das als logische Konsequenz der EU-Osterweiterung gesehen wird, solle sich auf grenzübergreifende Fragen, die Förderung der regionalen und der subregionalen Zusammenarbeit und die Entwicklung an der Ostgrenze konzentrieren. Außerdem solle es helfen, „neue Trennungslinien in Europa zu vermeiden und Stabilität und Wohlstand innerhalb der neuen Grenzen der Union und darüber hinaus zu fördern“.

Die enge Zusammenarbeit zwischen der EU und ihren Nachbarn wird die wirtschaftliche und soziale Entwicklung jenseits der Grenzen der Union vorantreiben und gemeinsame Herausforderungen wie Prävention und Bekämpfung der organisierten Kriminalität bewältigen helfen. Die wirtschaftliche Attraktivität dieser Gebiete wird nicht zuletzt durch die Nähe zu den EU-Märkten erhöht. Damit die neuen Außengrenzen nicht als Hürde empfunden werden, müssen grenzüberschreitende Kontakte auf regionaler Ebene gefördert, Austauschmaßnahmen intensiviert und die soziale und kulturelle Zusammenarbeit vertieft werden.

Als Hafen- und Handelsmetropole verfügt Hamburg über vielfältige Kontakte und einen reichen Erfahrungsschatz im Umgang mit fremden Kulturen.

Die intensiven Beziehungen zu den Beitrittskandidaten, die frühzeitig nach der Öffnung des Eisernen Vorhangs wieder aufgenommen wurden, haben der Hansestadt im Wettbewerb um Handels- und Geschäftspartner wichtige Vorteile gebracht. Vor diesem Hintergrund sollte sich Hamburg frühzeitig um einen Auf- und Ausbau der Kontakte zu den neuen Nachbarstaaten bemühen und hierbei Schwerpunkte bilden.

Die Bürgerschaft möge beschließen:

Der Senat wird ersucht,

1. unter Berücksichtigung des Ostseekonzeptes des Senats den Schwerpunkt des Engagements im Rahmen der neuen Nachbarschaftspolitik auf das nordwestliche Russland zu legen,
2. den jährlichen Bericht über europapolitische Schwerpunkte des Senats um das Konzept der neuen Nachbarschaftspolitik zu erweitern,
3. zu prüfen, welche Maßnahmen – auch unter Rückgriff auf EU-Instrumente – zur Verbesserung der Zusammenarbeit mit der Region Nordwest-Russland ergriffen werden können.